Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Habeck in der Kritik: Minister für hohe Energiepreise
2. Scholz’ Prag-Rede zur Europapolitik: Keine Antwort auf die Krise
3. Wirken die Sanktionen gegen Russland? Diese Grafiken zeigen, wie robust Putins Wirtschaft aktuell dasteht
4. Chomsky: US-Außenpolitik angetrieben von Angst vor Chinas Aufstieg
5. Ausbeutung rund um die Uhr
6. Das Neun-Euro-Ticket war ein voller Misserfolg
7. Angst vor Protesten
8. Gut zwei Drittel wollen mehr Investitionen in öffentliche Infrastruktur, unterschiedliche Schwerpunkte nach Regionen
9. Hohe Inflation: Reallöhne sinken deutlich
10. Corona in Frankreich: Macron hat die Pandemie für beendet erklärt
11. Maskenpflicht: Neue Regeln für Olaf Scholz
12. Colombia’s leftwing government unveils tax-the-rich plan to tackle poverty
13. Wenn die EU-Chatkontrolle aus besorgten Eltern Pädophile macht
14. Viele Geschlechter? Das ist Unfug!
15. Der erfundene Shitstorm: Chronologie eines Medienversagens

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Habeck in der Kritik: Minister für hohe Energiepreise**
   Der Grünen-Politiker gerät zunehmend in Bedrängnis. Und das liegt nicht nur an der verkorksten Konstruktion der Gasumlage.
   Wir brauchen gute Nachrichten, müssen sie sich im Wirtschaftsministerium Ende

vergangener Woche gesagt haben. Seitdem vergeht jedenfalls kein Tag ohne eine neue frohe Kunde aus dem Haus von Robert Habeck (Grüne). Tag eins: Habeck will den Strommarkt reformieren, damit die Preise für die Verbraucher sinken. Tag zwei: Die Gasspeicher füllen sich schneller als erwartet, schon Anfang September könnte das Ziel für Anfang Oktober, 85 Prozent, erreicht sein. Am Montag dann die nächste gute Nachricht: Habeck rechnet mit sinkenden Gaspreisen, eben weil sich die Speicher so schnell füllten. Ach ja, noch in diesem Jahr soll der erste Wasserstofftanker in Hamburg anlegen. Läuft.
In den Umfragen schwebt Habeck noch über allem, ist der beliebteste Politiker, weit vor dem Bundeskanzler und auch vor seiner grünen Kabinettskollegin Annalena Baerbock, mit der Habeck vor der nächsten Bundestagswahl wahrscheinlich wieder um die Kanzlerkandidatur der Grünen konkurrieren wird. Doch wie lange sein Höhenflug noch anhält, ist fraglich. Der Unmut im Land über die Gasumlage wird von Tag zu Tag größer, drei von vier Bürgern lehnen dieses Instrument zur Stützung der Gasimporteure ab. Bis zum Kriegsbeginn in der Ukraine war Habeck der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz. Jetzt ist er der Minister für die hohen Energiepreise.
Quelle: FAZ

dazu: **Steuer auf Kohle und Erneuerbare: Um Strompreis-Desaster zu verhindern, greift Habeck jetzt zur Übergewinnsteuer**
Der Gaspreis steigt, der Strompreis steigt – und auch der Druck auf Wirtschaftsminister Habeck steigt: Seine Gasumlage geriet in Kritik, nun muss auch noch eine Lösung für den Strommarkt her. Eine Übergewinnsteuer könnte laut Habeck die Lösung sein.
Quelle: Focus Online

dazu auch: **Update Energiekrise: "Der Markt funktioniert nicht mehr"**
Nun ist es offiziell: Der europäische Energiemarkt funktioniert nicht mehr. Das meint der tschechische EU-Vorsitz – er hat nun für den 9. September eine Krisensitzung einberufen. Worum es geht, erklärt Österreichs Ex-Kanzler Kern.
Der Energiemarkt habe aufgehört zu funktionieren, bemängelte der zuständige tschechiche Industrieminister Sikela. Dafür gebe es mehrere Gründe – vom russischen Krieg in der Ukraine bis hin zu Problemen mit französischen Atomkraftwerken.
Sikela sprach sich dafür aus, den Strom- vom Gaspreis entkoppeln. Über diesen Schritt wird bereits seit einem Jahr diskutiert – doch bisher stand Deutschland auf der Bremse.
Quelle: Lost in Europe

und: **Öffnung von Nord Stream 2 als Signal der Entspannung in diesem Wirtschaftskrieg**
Die Sanktionen gegen Moskau ruinieren nicht die russische Wirtschaft, sondern den Wohlstand der deutschen Bevölkerung. Gleichzeitig machen die Konzerne Traumgewinne. Weichgespülte Proteste reichen dagegen nicht aus.
Quelle: Sahra Wagenknecht und Christian Leye auf Welt Online

2. **Scholz' Prag-Rede zur Europapolitik: Keine Antwort auf die Krise**
Bundeskanzler Olaf Scholz hat lediglich sattsam bekannte Probleme der EU angesprochen. Fragen zu stellen ist gut, aber gesucht werden Lösungen.
Europäische Antworten auf die Zeitenwende: Das hat Bundeskanzler Olaf Scholz bei seiner Grundsatzrede an der Prager Karls-Universität gefordert. Leider ist der SPD-Politiker diese Antworten selbst schuldig geblieben. Scholz hat zwar viel Richtiges gesagt. Ja, die EU muss unabhängiger werden – nicht nur von Gas aus Russland, sondern auch von Waffen aus den USA. Ja, wir brauchen Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik. Ja, das Vetorecht ist ein Anachronismus. Doch wie er diese Ziele erreichen will, hat Scholz nicht verraten.
Quelle: Eric Bonse in der taz
3. **Wirken die Sanktionen gegen Russland? Diese Grafiken zeigen, wie robust Putins Wirtschaft aktuell dasteht**
Als Russlands Truppen Ende Februar die Ukraine überfielen und der Westen mit Sanktionen reagierte, sagten viele Experten einen schnellen wirtschaftlichen Niedergang Russlands voraus. In diesen Chor stimmten auch Analysten großer Investmentbanken der New Yorker Wall Street ein. Sechs Monate später sind sie gezwungen, ihre Einschätzung zu revidieren.
Denn Russlands Wirtschaft hat sich bisher als widerstandsfähig erwiesen. Widerstandsfähig sowohl gegen die Sanktionen gegen russischen Güter und das Verbot von Öleinfuhren als auch gegen den Ausschluss des russischen Rubels von den internationalen Devisenmärkten.
Diese drei Infografiken zeigen, wie robust Russlands Wirtschaft bisher reagiert hat.
Quelle: Business Insider
4. **Chomsky: US-Außenpolitik angetrieben von Angst vor Chinas Aufstieg**
Noam Chomsky sagt: Die USA versuchen China einzukreisen, um ihre Macht in Eurasien zu sichern. Ein gefährliches Projekt, das einen Angriff auf Taiwan auslösen könnte. Wie positionieren sich Europa, Russland und Indien geopolitisch?
Noam Chomsky analysiert die von den USA betriebene Einkreisung Chinas, um Kontrolle über den eurasischen Kontinent zu erhalten. Das könnte China veranlassen, Taiwan anzugreifen, um sich zu befreien und offenen Zugang zu den Weltmeeren zu

gewährleisten.
Gleichzeitig versuche Washington, für sie ungünstige Partnerschaften der Staaten zu verhindern. Die Frage ist, wie sich das von Deutschland geprägte Europa und Indien geopolitisch verhalten werden – auch vor dem Hintergrund des von Russland geführten Kriegs in der Ukraine, dem Neuen-Seidenstraßen-System und den daraus resultierenden Verschiebungen. Bieten sich Wege einer unabhängigen Entwicklung und Ablösung von US-Hegemonie sowie einer eurasischen Integration?
Das Interview führt der Politikwissenschaftler C.J. Polychroniou. Das Interview erschien zuerst auf der US-Nachrichtenseite Truthout.
Quelle: Noam Chomsky auf Telepolis

dazu: **Einstieg in den Abstieg**
Die Bundesregierung plant Zwangsmaßnahmen zur Reduzierung des Chinageschäfts deutscher Unternehmen. Berichten zufolge arbeitet das Bundeswirtschaftsministerium nicht nur daran, die üblichen Staatsgarantien für Geschäfte im Ausland für Aktivitäten in der Volksrepublik stark einzuschränken. Darüber hinaus ist die Einführung einer Meldepflicht für Investitionen in China im Gespräch – und die Möglichkeit, sie zu untersagen. Modell sind entsprechende Schritte in den USA. Berlin reagiert damit darauf, dass es bisher nicht gelingt, die Bedeutung des Chinageschäfts zu reduzieren; wie aus aktuellen Studien hervorgeht, haben die deutschen Investitionen in der Volksrepublik und die Einfuhren von dort im ersten Halbjahr 2022 Rekordwerte erreicht. Ursache ist, dass die deutsche Industrie ihre Aktivitäten in China nicht abbricht, sondern sie stattdessen bündelt („Lokalisierung“), um sie krisensicher zu machen: Die Volksrepublik gilt als unverzichtbarer Zukunftsmarkt. Die in Berlin insbesondere in grün geführten Bundesministerien forcierten Zwangsmaßnahmen sind geeignet, die deutsche Industrie in den Abstieg zu treiben.
Quelle: German Foreign Policy

5. **Ausbeutung rund um die Uhr**
   24-Stunden-Pflege durch eine Person ist rechtlich ausgeschlossen, und doch ist eine halbe Million Frauen in der BRD betroffen
   Jeder weiß, wie es oft genug läuft in der 24-Stunden-Pflege. Osteuropäerinnen müssen sich in den heiligen vier Wänden gebrechlicher und verwirrter Deutscher nächtelang von diesen beschimpfen lassen: »Was ist denn das schon wieder für eine Sauerei!«, und wieder stehst du im Bett in dem Zimmerchen, das dein Rückzugsort sein soll. Tagsüber sind ständige Belehrungen über das richtige Kochen und Putzen zu »beherzigen«, erst recht, wenn sie von Angehörigen der Betreuten kommen, die sich als Arbeitgeber aufspielen und im nächsten Moment wieder auf Familie machen.

Drei Monate lang sind die Arbeitsmigrantinnen in der häuslichen Pflege in Dauerbereitschaft, immer auf Abruf, rund um die Uhr, einzig beim Einkaufen vielleicht mal ein paar Minuten frei – ihr Monatslohn liegt um die 1.500 Euro, pro Stunde erhalten sie zwei Euro und ein paar Zerquetschte.
Quelle: junge Welt

6. **Das Neun-Euro-Ticket war ein voller Misserfolg**
   Das Neun-Euro-Ticket neigt sich dem Ende zu. SPD und Grüne feierten es früh als den großen Wurf, weil es viele in Anspruch nahmen. Das stimmt auch: Der Nahverkehr war gerammelt voll. Meine Erfahrungen der letzten drei Monate.
   In einigen Tagen ist der Spuk vorbei. Das Neun-Euro-Ticket verschwindet wieder. Aber noch immer wird über Nachfolgeangebote gesprochen. Doch wahrscheinlich versandet auch diese Forderung wieder. Im Grunde ist mir das recht. Natürlich will auch ich, dass der Nahverkehr für jeden erschwinglich ist. Aber da stimmt doch in der Reihenfolge etwas nicht. Bevor jeder daran teilhaben kann, muss erstmal was investiert werden. Erst kommt die Ausstattung, dann die Finanzierung. Eine total marode, ohnehin überforderte Schiene auch noch mit mehr Fahrgästen zu überfluten: Auf so eine Idee können nur Radikale kommen, denen am Ende egal ist, ob das Projekt gelingt oder alles mit in den Abgrund reißt.
   Fast jeden Tag nutze ich S- und Straßenbahnen. Vor der Zombieapokalypse war die schon oft voll – und ja: Überfüllt. Dann kam die Zeit der leeren Straßen und Büros und es war recht geräumig in den Bahnen. Jetzt ist es schlimmer als vorher. Für Menschen, die seit Jahr und Tag mit den Öffentlichen fahren, ist das Neun-Euro-Ticket ein Schlag ins Gesicht. Denn man schickt sie jetzt täglich in eine Mobilitätshölle, in der nicht nur das Gedränge ein Stadium erreicht hat, in dem nur Körperreibungsfetischisten wirklich aufblühen – nein, auch die sowieso kaum funktionierenden Abläufe stocken und rauben einem wertvolle Lebenszeit.
   Quelle: neulandrebellen
7. **Angst vor Protesten**
   Reaktion auf Demos gegen Gaspreissteigerungen: Verfassungsschutz warnt vor rechter Vereinnahmung. Erste regionale Aktionen
   Die Preise steigen, die Armut wächst – die Verzweiflung ebenso. So warnte die Wirtschaftsauskunftei Creditreform am Wochenende im Handelsblatt vor einem Anstieg der Privatinsolvenzen infolge von Inflation und Überschuldung. Da ist es nahezu ausgeschlossen, dass die zaghaften Proteste, die es bereits gibt, sich im Herbst nicht auswachsen werden. Um so vehementer werden die Bemühungen um Deeskalation. Die staatlichen Instrumente reichen von Forderungen nach weiteren kleinen Entlastungen bis zur Verunglimpfung von Demonstrationen. (…) An die großen Montagsdemonstrationen gegen die Agenda 2010, die vor ziemlich genau 18 Jahren

begannen, will lieber niemand erinnern. Dabei ist genau das angebracht. Die Organisatoren der Montagsdemo Heidelberg haben das verstanden. »Die Preise sind auf allen Ebenen in die Decke geschossen, für arme und mittlere Haushalte sogar zwischen 15 Prozent und 20 Prozent«, hieß es in einer Pressemitteilung am Sonntag. Ihren Protest gegen die Gasumlage der Bundesregierung setzen sie diesen Montag fort und appellieren auch an die Gewerkschaften. »Gemeinsam können wir auch unsere friedenspolitischen, ökologischen und sozialen Ziele erreichen.«
Doch anstatt sich an die Spitze der Demonstrationen zu setzen, sorgt man sich in den oberen Gewerkschaftsetagen um den sozialen Frieden. Die Bundesregierung müsse jetzt spürbare soziale Signale senden, sagte der IG Metall-Chef gegenüber dpa (Sonnabend). »Ohne bezahlbare Energiekosten besteht die Gefahr, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt bricht.« Zur Abmilderung der hohen Preise hat die Gewerkschaft IG Metall einen Preisdeckel für Gas und Strom und eine zweite Energiepreispauschale gefordert, die neben Beschäftigten auch Rentnern und Studierenden helfen müsse. Angebracht ist das. Doch reichen wird es nicht. Der Gaspreis an der niederländischen Börse ist dieser Tage auf neuem Rekordniveau. Deshalb gibt es auch erste Proteste für eine Vergesellschaftung des Energiesektors. Etwa am Sonnabend in Köln, wo mindestens 1.500 Menschen einem Demoaufruf von »RWE & Co. enteignen« folgten.
Quelle: junge Welt

8. **Gut zwei Drittel wollen mehr Investitionen in öffentliche Infrastruktur, unterschiedliche Schwerpunkte nach Regionen**
Die Mehrheit der Menschen in Deutschland ist unzufrieden mit der öffentlichen Infrastruktur. Im Bundesdurchschnitt fordern deshalb gut zwei Drittel höhere staatliche Investitionen. Am geringsten ist die Zufriedenheit in den Bereichen Bildung, Gesundheit/Pflege und Umweltschutz. Allerdings gibt es erhebliche regionale Unterschiede, zeigt eine neue Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung*: Auf dem Land ist der Wunsch nach Verbesserungen der Gesundheitsversorgung noch höher als in der Stadt. Mehr Bedarf an Investitionen in Klima- und Umweltschutz äußern dagegen häufiger Stadtbewohner und Stadtbewohnerinnen. In den neuen Bundesländern spielt öffentliche Sicherheit eine größere Rolle, Klimaschutz eine geringere. Im Westen ist es genau umgekehrt. Durchweg sehr niedrig ist die Zufriedenheit im Saarland. Den größten Investitionsbedarf sehen die Einwohner und Einwohnerinnen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, ergibt die Untersuchung von Ekaterina Jürgens und Christoph Paetz vom IMK und Levi Timon Henze von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (siehe auch Abbildungen 1 und 2 in der pdf-Version dieser Studie; Link unten). Die Ergebnisse basieren auf einer

repräsentativen Online-Befragung für das IMK, bei der im Oktober 2021 die Zufriedenheit mit der öffentlichen Infrastruktur und der Wunsch nach Mehrinvestitionen in acht Kategorien abgefragt wurden
Quelle: Hans Böckler Stiftung

9. **Hohe Inflation: Reallöhne sinken deutlich**
Die Löhne der Beschäftigten in Deutschland sind zwar im Frühjahr deutlich gestiegen, doch die Preise kletterten noch stärker. Unter dem Strich sanken die Realllöhne daher um mehr als vier Prozent.
Die in Deutschland abhängig beschäftigten Menschen können sich wegen der hohen Inflation trotz Lohnsteigerungen weniger von ihrem Geld kaufen. Zwar waren die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen im zweiten Quartal 2022 um 2,9 Prozent höher als ein Jahr zuvor, wie das Statistische Bundesamt errechnet hat. Weil die Verbraucherpreise in diesem Zeitraum jedoch um 7,6 Prozent stiegen, ergab sich nach Angaben der Wiesbadener Behörde unter dem Strich ein Reallohnverlust. Den preisbereinigten Verdienstrückgang bezifferten die Statistiker auf 4,4 Prozent.
Quelle: tagesschau
10. **Corona in Frankreich: Macron hat die Pandemie für beendet erklärt**
Einst verhängte Frankreich Ausgangssperren und begrenzte den Bewegungsradius, heute gilt kaum noch eine Corona-Regel. Mit dem Virus leben, lautet nun die Maxime. […]
An dem Tag, als der Expertenrat aufgelöst wurde, fand sein langjähriger Vorsitzender, Jean-François Delfraissy, kritische Worte über die französische Politik. “Natürlich bedauere ich vieles”, sagte der Immunologe in einem viel beachteten Radiointerview. “Wir haben manchmal die Gesundheit über die Menschlichkeit gestellt.” Einige Bewohner von Altenheimen hätten ihren Lebenswillen verloren und nur noch auf den Tod gewartet, weil sie ihre Angehörigen nicht mehr sehen durften. “Über die folgenreichen Entscheidungen, für Schulen und Altenheime etwa, hätten wir mit den Bürgerinnen und Bürgern sprechen müssen”, sagt Delfraissy heute. Das habe aber “die Politik” nicht gewollt.
“Die Politik” bestand in der Pandemie lange Zeit nur aus Präsident Macron. Er fällte in einem unterirdischen Sicherheitsbunker im kleinen Kreis weitreichende Entscheidungen. Der Staatschef verhängte den Ausnahmezustand, der es ermöglichte, Verordnungen und Gesetze zu verabschieden, ohne sie zwangsläufig dem Parlament vorzulegen. Das ist nun vorbei. Um erneut ähnlich durchgreifende Regeln verabschieden zu können, müsste Macron wieder eine Mehrheit im Parlament finden – anders als noch vor zwei Jahren verfügt er aber seit den Parlamentswahlen im Juni nicht mehr über ausreichend eigene Abgeordnete.
Er scheint aber selbst von den noch bis April geltenden 2G-Regeln nicht mehr

überzeugt zu sein:
Quelle: Zeit Online

11. **Maskenpflicht: Neue Regeln für Olaf Scholz**
Olaf Scholz ist nach Prag geflogen. Ein Regierungssprecher: Ab sofort gilt „mit Blick auf die öffentliche Debatte“ Maskenpflicht an Bord der Regierungsmaschine.
Olaf Scholz ist am Montag nach Prag geflogen. Anders als beim Flug nach Kanada herrscht an Bord jetzt aber Maskenpflicht. Das berichtet die Journalistin Miriam Hollstein bei Twitter. Sie ist nach eigenen Angaben mit an Bord. Hollstein hatte zuletzt für Aufsehen gesorgt, als sie die umstrittene Sonderregelung im Regierungsflieger auf dem Flug nach Kanada mit dem Hinweis auf verpflichtende PCR-Test rechtfertige. Am Montag schrieb sie bei Twitter: „Flug nach Prag mit Scholz. Es herrscht Maskenpflicht.“
Die Anwältin Jessica Hamed zeigt sich verwundert über die plötzliche Regeländerung. Sie fragt: „Wieso herrscht jetzt Maskenpflicht, nachdem zuvor unter Aufbietung umständlicher Argumente der maskenlose Flug verteidigt wurde?“ […]
Die Regel-Änderung an Bord der Regierungsmaschine sorgt prompt für neuerliche Kritik. So schreibt eine Userin: „Somit ist es amtlich. Es hat nichts mit Gesundheit zu tun.“ Und verweist auf einen anderen Tweet, in dem sie schreibt: „Diejenigen, die jetzt wieder Maske tragen, zeigen lediglich, dass sie nichts kapiert haben. Nur Maske tragen, weil sich sonst jemand empören könnte, hat nichts mit Gesundheit zu tun und zeigt deren Überflüssigkeit umso deutlicher.“
Auch Juristin Hamed übt Kritik. Nach ihrer Ansicht „verschlechtert“ sich der Eindruck von Scholz und Co. durch die jetzt ohne tiefergehende Erklärung geänderten Regeln erneut, obwohl das „kaum möglich schien“. Ihr Fazit: „Das kommunikative Desaster geht weiter.“
Quelle: Berliner Zeitung

12. **Colombia’s leftwing government unveils tax-the-rich plan to tackle poverty**
Colombia’s new leftist government has proposed an ambitious plan to tax the rich in an effort to combat poverty in one of the most unequal countries in the Americas.
If implemented, the Piketty-esque legislation proposed by President Gustavo Petro could raise more than $11.5bn annually to fund anti-poverty efforts, free public university and other social welfare programs.
Petro, a former urban guerrilla who became the country’s first leftist leader, rose to power on a raft of promises centered around social progress at a time when the South American country is still plagued by pandemic-fueled economic turmoil.
If passed, the plan would raise taxes on the country’s highest earners – approximately 2% of Colombia’s population – cut tax benefits for the richest and fight tax evasion.
The tax hikes would progressively increase as income increases. It would add an

annual wealth tax on savings and property above $630,000, and would add a 10% tax on some of Colombia's biggest exports – oil, coal and gold – after prices rise above a certain threshold.
"This should not be viewed as a punishment or a sacrifice," said Petro. "It is simply a solidarity payment that someone fortunate makes to a society that has enabled them to generate wealth."
The wealth tax was among Petro's chief promises during his campaign and would mark a significant step toward achieving his bold policy agenda, which has inspired hope in some and skepticism in others.
It is also part of a larger debate playing out around the world at a time of deepening global inequalities.
Quelle: The Guardian

13. **Wenn die EU-Chatkontrolle aus besorgten Eltern Pädophile macht**
Kindesmissbrauch gehört zu den schlimmsten Verbrechen, die es gibt. Doch man kann auch den Missbrauch missbrauchen, wie die geplante Chatkontrolle zeigt. Unschuldige Eltern können so nahezu komplett aus dem digitalen Leben ausgeschlossen werden. Doch die Gefahren gehen weit darüber hinaus.
Die Kommunikation mit dem Arzt geht niemanden etwas an. Theoretisch. Aber in der Praxis wird diese Regel immer weiter aufgeweicht, wie zwei Väter in den USA feststellen mussten. Nachdem sie sich Sorgen um ihre Kinder gemacht hatten, schickten sie auf Wunsch des Kinderarztes Fotos der Genitalbereiche des Nachwuchses an die Arztpraxis. Und zwar via Google. Für die von Google eingesetzte Künstliche Intelligenz (KI) deuteten diese Bilder auf sexuellen Missbrauch der Kinder hin.
Das Missverständnis war schnell aufgeklärt, die polizeilichen Ermittlungen wurden zeitnah eingestellt. Doch zu Ende war die Geschichte damit nicht, denn Google sperrte beiden Vätern sämtliche Konten und Dienste. Da beide Android-Handys benutzten, waren auch diese nach der Sache faktisch wertlos. Dadurch wurde den Männern nicht nur ein Großteil ihrer digitalen Teilhabe gesperrt, sie verloren darüber hinaus Fotos und andere Daten aus ihrem gesamten Leben.
Quelle: RT DE

14. **Viele Geschlechter? Das ist Unfug!**
Warum es nur zwei Geschlechter gibt – wenn auch innerhalb der biologischen Geschlechter eine breite kulturelle und hormonelle Spanne. Und warum der Queer-Beauftragte der Bundesregierung das wissen sollte. Ein Gespräch mit der Biologin und Nobelpreisträgerin Christiane Nüsslein-Volhard über die Transideologie, ihre naiven Erfüllungsgehilfen und warum sie das geplante Selbstbestimmungsgesetz für „Wahnsinn" hält. (…)

Künftig sollen Jugendliche ab 14 ihr Geschlecht selbst bestimmen können.
Das ist Wahnsinn! Mit 14 sind ganz viele Mädchen in der Pubertät unglücklich. Ich kenne das ja selbst. Ich war mit 14 auch unglücklich und wollte lieber ein Junge sein. Ich durfte damals noch nicht mal Hosen anziehen oder mir die Haare abschneiden. Ich habe mich oft verflucht und dachte: Ich wäre lieber ein Mann! Denn wenn man so einen Beruf machen will, in dem Männer dominieren, dann ist man natürlich besser dran, wenn man auch einer ist. Aber dann muss man einen Weg finden, wie man sich durchsetzt. Das ist es doch, was man den Mädchen raten und wobei man sie unterstützen muss.
Finden Sie denn richtig, dass der Gesetzgeber Menschen eine sogenannte Geschlechtsumwandlung ermöglicht?
Der Gesetzgeber kann gar keine Geschlechtsumwandlung ermöglichen. Er sagt nur: Diese Frau darf ab jetzt behaupten, sie sei ein Mann. Und umgekehrt. Die biologischen Grundlagen sind absolut nicht zu ändern. Und wenn jetzt ein Mann behauptet, er sei eine Frau und geht in einen Sportverein, um dort bei den Frauen mitzuspielen, dann ist das ein Problem. Denn aufgrund seiner männlichen Hormone ist dieser Mensch stärker und läuft schneller. Es ist im Grunde wie Doping. Und wenn man das dann noch nicht mal sagen darf – das geht doch nicht.
Das Bundesverfassungsgericht hat mehrere Urteile zur Trans- bzw. Intersexualität gefällt, in denen es um den Geschlechtsbegriff geht. Im Urteil von 2017 heißt es: „In den medizinischen und psychosozialen Wissenschaften besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass sich das Geschlecht nicht allein nach genetisch-anatomisch-chromosomalen Merkmalen bestimmen oder gar herstellen lässt, sondern von sozialen und psychischen Faktoren mitbestimmt wird.“ Was sagt die Biologin und Nobelpreisträgerin dazu?
Das ist Unfug. Wie man sich fühlt, das lässt sich durch soziale und psychologische Umstände ändern. Das biologische Geschlecht aber eben nicht. Das ist dort, wo wirklich Wissenschaft betrieben wird, auch völlig unstrittig.
Quelle: EMMA

dazu: **Heinz-Rudolf Kunze: Bei Gender-Sprache wird mir körperlich übel**
Der Sänger Heinz-Rudolf Kunze („Dein ist mein ganzes Herz“) hofft, dass das Gendern in der deutschen Sprache bald wieder Geschichte ist. Kunze lehnt diese Sprachform komplett ab. In der Sendung Stern-TV sagte er: „Sobald ich gegenderte Sprache höre oder lese, wird mir körperlich übel.“ Das sei so, als wenn Eric Clapton falsche Töne auf der Gitarre höre.
Und weiter: „Ich halte Gender-Sprache für eine post-aufklärerische, neomittelalterliche Form von Tollwut und hoffe, dass das bald wie eine Seuche oder

Mode vergeht.“ Ähnlich würden der Philosoph Peter Sloterdijk und 99 Prozent der Bevölkerung denken, so Heinz-Rudolf Kunze.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch den Beitrag Ist Gendern links?*

15. **Der erfundene Shitstorm: Chronologie eines Medienversagens**
Seit der Ravensburger Verlag am 19. August 2022 ein Begleitbuch zu dem Film „Der junge Häuptling Winnetou“ zurückgezogen hat, tobt in den Medien eine Diskussion über Zwang, Zensur, Gedankenkontrolle, Cancel Culture, Sprechverbote, Bücherverbrennung, Woke-Wahnsinn, linke Aktivistengruppen und eine angebliche Bedrohung der Demokratie. Nach nur einer Woche gibt es weit mehr als 100.000 Beiträge, die insgesamt millionenfach geliked, geteilt und kommentiert wurden – unter ihnen fast 5.000 redaktionelle Artikel. Der Tenor: Heftig laute, aber unlautere Kritik durch „woke Gruppen“ in den sozialen Medien hätte den Verlag so sehr unter Druck gesetzt, dass er letztlich gar nicht anders konnte (oder das zumindest dachte), als sich einer „radikalen Minderheit zu unterwerfen“. Die aufgebrachte Menge sieht eine „Tyrannei der Polictical Correctness“ und wehrt sich heftig gegen jede Form von Verbot.
Datenanalysen zeigen jedoch: diesen Shitstorm über das Buch oder den Film gab es nie, ebenso wenig wie Forderungen nach Verboten. Beide sind vielmehr eine Erfindung findiger Journalisten und Populisten, die entweder medieninkompetent sind oder aus politischem Interesse bzw. aus wirtschaftlichem Kalkül hetzen. Und viele andere Journalisten, Politiker, CEOs und Bürger sind darauf hereingefallen und haben sich instrumentalisieren lassen. Nach eigenen Aussagen hat der Ravensburger Verlag sachliche Kritik ihrer Community ernst genommen und einen Fehler eingesehen. Nur passt das wohl nicht in das Weltbild (und das Geschäftsmodell) einiger Medien. Also erfanden sie den „woken Shitstorm“, verbreiteten haufenweise Verzerrungen und inszenierten so einen „antiwoken Shitstorm“, der seinesgleichen sucht. Und dabei verhinderten noch, dass wir uns inhaltlich mit dem Thema „Rassismus“ auseinandersetzen, inklusive der Frage, ob „gut gemeinter“ Rassismus auch Rassismus ist. Unser Mediensystem ist kaputt.
Quelle: Scompler

Anmerkung Jens Berger: *Man sollte auch die Frage stellen, wem es eigentlich nützt, wenn die Menschen sich lieber über angebliche „Winnetou-Verbote“ als über, sagen wir mal, die Preise für Energie aufregen. Ich rechne mit mehreren solcher „Herbst- und Winterloch-Aufregern“ in den nächsten Monaten.*